

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 21. Oktober 2013

Verfasserin: Denise Wahlen

### **Strassengesetz; Umsetzung des Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Zürisee für alli» 4946b (Thomas Wirth)**

Gemäss Bundesverfassung ist privates Eigentum ein Grundrecht, andererseits sollte auch das Seeufer der Allgemeinheit zugänglich sein. Es besteht also ein Konflikt, wie der Bevölkerung der Zugang zum See ermöglicht werden kann. Die glp ist der Meinung, dass die Eigentumsgarantie schützenswert ist, sie soll aber den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasst werden und darf nicht über allem stehen. Wichtig ist eine gemeinsame Lösungssuche. Diese funktioniert nicht, wenn eine Partei ein Vetorecht hat. Ein generelles Enteignungsverbot müsste sonst auch beim Strassenbau gelten. Die von der SVP verlangte Verschärfung würde eine Ungleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger bedeuten und ist deshalb abzulehnen. Die Umsetzungsvorlage vom RR wurde umformuliert und uminterpretiert, dass niemand mehr so richtig Freude daran hatte. Die glp hat einen Minderheitsantrag in die Kommission eingebracht: Gemäss diesem soll Grundeigentum überall gleich bewertet werden, egal ob es an ein Gewässer anstösst. Leider fanden wir dafür keine Mehrheit zusammen mit EVP, Grünen und SP. Der Antrag geht in die 3. Lesung – erst dann wird abgestimmt.

### **Forderung nach einem regionalen Gesamtverkehrskonzept (rGVK) Knonaeramt (René Gutknecht)**

Der Zuwachs der Bevölkerung und die Bautätigkeit im Knonaeramt verlangen nach einem Gesamtkonzept für den Verkehr. Eine Gesamtschau ist nötig, dass nicht jede Gemeinde für sich plant und arbeitet. Die Grünliberalen unterstützen die Forderung aus folgenden Überlegungen: 1. Der kantonale Richtplan sieht das Erarbeiten von regionalen Gesamtverkehrskonzepten vor. 2. Mit der Eröffnung der A4 ist die Verkehrsentwicklung im Knonaeramt nicht abgeschlossen. Es braucht weiterhin ein regionales Verkehrskonzept, auch um die Anbindung der Kantone Zug (...) und Aargau laufend zu verbessern und den Entwicklungen anzupassen. 3. Verbesserungen im öffentlichen Verkehr und direkte, schnelle und sichere Veloverbindungen zu den Bahnhöfen Affoltern, Hedingen und Bonstetten-Wettwil, fördern den umweltfreundlichen Velo- und S-Bahn-Kombiverkehr. Der Bau einer Autobahn bedeutet nicht das Ende der Verkehrsplanung sondern der Start zur umweltfreundlichen Weiterentwicklung des Verkehrsmixes. Leider wurde die Überweisung des Postulats von SVP, FDP, CVP, EVP mit 88 : 77 Stimmen abgelehnt.

### **Innerstädtische Direktverbindungen zu den Knoten des Schienenverkehrs (Andreas Hasler)**

Die Idee, Schnellbusse aus bevölkerungsstarken Stadtzürcher Aussenquartieren mit direkten/beschleunigten Bussen an den HB zu führen, unterstützt die glp nicht. Neben relativ hohen Kosten steht vor allem der beschränkte Nutzen der Idee gegenüber: Schnellbusse fahren entweder auf die Regelbusse auf und werden so gebremst, oder sie bleiben im Verkehr stecken, wenn sie auf den Normalspuren fahren. Der Zeitgewinn ist so nicht wirklich befriedigend. Das VBZ-Konzept – Transport der Leute zum nächsten S-Bahnhof, wo sie auf die leistungsfähige und schnelle S-Bahn wechseln können – halten wir für sinnvoller. Diese Meinung entspricht auch einer Mehrheit im Rat. Mit 112 : 48 Stimmen wird das Postulat nicht überwiesen.

### **Sofortmassnahmen gegen den Verkehrskollaps auf der Nordumfahrung (René Gutknecht)**

Die Interpellation regte an, dass auf der A1 Nordumfahrung (zwischen Seebach und Affoltern) die Pannestreifen als zusätzliche Fahrspuren geöffnet werden, um die Stauzeiten zu reduzieren. Die glp ist der Meinung, dass vom Limmattaler-Kreuz bis Kreuz-Bassersdorf eine einheitliche Geschwindigkeit realisiert werden müsste. Den Verkehr wäre ruhiger, fließender und würde weniger Schadstoffe ausstossen.

### **Entwicklungsmassnahmen für den Ausbau des Finanzplatzes Zürich (Judith Bellaiche)**

Die Bedeutung des Finanzplatzes für den Wohlstand im Kanton Zürich ist unbestritten. Das Postulat möchte dass die Regierung für die Banken einen Bericht zu Entwicklungsmassnahmen macht. Die glp ist der Ansicht, dass die Wirtschaft und gerade auch die Banken sehr wohl selber agieren können – und nicht die Hilfe der Regierung brauchen sollten. Zudem steht eine vereinfachte Zulassung „moderner“ Anlagekonstrukte besonders seit der Finanzkrise nicht im Vordergrund. Auch einer erleichterten Besteuerung von Anlagegesellschaften, resp. Konstrukten können wir nicht zustimmen in einer Zeit, in der manche Banken schon seit einigen Jahren keine Steuern mehr zahlen. Auch ist für solche Massnahmen eher der Bund zuständig. Der Wirtschaft ist besser gedient, wenn sich die Politik möglichst zurückhält und auf exzellente Rahmenbedingungen, dazu gehören eine hochwertige Ausbildung und Infrastruktur -setzt. Doch eine Mehrheit des Rates aus überweist das Postulat mit 96 : 68 Stimmen. Der RR muss einen Bericht ausarbeiten.